Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich pretmal mit Ausnahme des Sonntags, an welchen es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; große Frankfurterstr. 33; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „ULK“, die feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus, Hof, Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 75 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatl. 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inseratenpreis 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden u. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 565. Berlin, Sonnabend, den 5. November 1904. XXXIII. Jahrgang.

Hierzu die Wochen-Beilage „Haus, Hof, Garten“ Nr. 45.

Das scheintote Sparlotto.

Ein merkwürdiges Schauspiel, diese Sparlottodebatte in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses! Als die beiden Antragsteller, die eine entschiedene Erklärung des Hauses gegen das Sparlottoprojekt herbeiführen wollten, zur Begründung ihrer Anträge das Wort nahmen, da glaubten zweifelsohne nicht nur sie, sondern auch alle anderen Nichteingeweihten, daß eine einhellige Annahme der Anträge gesichert sei. Die Eingeweihten — die gesamte Rechte — wußte es anders. Es unterliegt kaum einem Zweifel: Vor der Verhandlung haben zwischen der Regierung und den Führern der Rechten und des Centrums vertrauliche Besprechungen stattgefunden, deren Ergebnis der Entschluß dieser Fraktionen war, die Antragsteller unversehens im Stich zu lassen. Daß etwas der Art im Werke gewesen, erhellt mit absoluter Unzweideutigkeit aus den Reden der Freikonservativen, insbesondere des Abgeordneten Arendt, aus der Bestellung des Klerikalen Faßbender, eines halben Gönners des Scherl-Lottos, zum Centrumsredner und nicht zuletzt aus der Tonart, die der konservative Sprecher Winckler anschlug.

Ueber den ersten Teil der Debatte haben wir das Wesentliche gestern Abend bereits mitgeteilt; es erübrigt sich, darauf nochmals zurückzukommen. Hammersteins Rede, die selbstverständlich angesichts der Beteiligung der Regierung an der Sparlotteriebe das Hauptinteresse beanspruchte, war alles andere eher als eine Widerlegung der Angriffe der beiden Antragsteller auf das Spielsparsystem. Der Minister operierte fast durchweg mit „ollen Kamellen“, die für das thema probandum völlig wertlos waren, und als er geendet, mußte man denken, nach dieser Ministerrede sei die Genehmigung der Anträge ganz zweifellos.

Indes, es gab eine Ueberraschung. Der freikonservative Redner, Herr v. Woyna, sekundierte wider alles Erwarten dem das System verteidigenden Minister. Eine kuriose Rede, dieser Speech des hannoverschen Landrats! Mit einer wunderlichen Apotheose des Herrn Scherl begann sie; dazwischen fehlte es aber auch an vielleicht ungewollt witzigen Bemerkungen über den „Vater“ des Systems nicht. Unfreiwillig humoristisch wirkte der Redner, als er zum Preise des Systems hervorhob, sein Urheber spekuliere damit auf eine menschliche Schwäche, den Spieltrieb. Hier ist die schnurrige Stelle:

Jawohl, Herrn Scherls Sachen sind sehr gut. Auch mit seiner neuesten Gründung, seiner Waschküche der deutschen öffentlichen Meinung, dem „Tag“, hat er einen Erfolg gehabt. Er spekuliert sehr richtig mit seinen belletristischen Unternehmungen auf die große Schwäche der Menschen, auf die Eitelkeit. (Aha! links.) Sein Trick in dieser Beziehung ist ihm voll gelungen, das will ich garnicht leugnen. Bei seinem Sparsystem wendet er sich an eine andere menschliche Schwäche (Hört, hört! links), den Spieltrieb.

Und darin sieht Herr v. Woyna — übrigens derselbe Herr, der den Wartesaalskandal mit dem Alfelder Seminarlehrer hatte — einen Beweis für die Genialität des Sparsystemvaters. Nach dieser landräthlichen Auffassung müßte also auch ein Mitbürger, der auf die Hauptschwäche derer spekuliert, die nicht alle werden, ein „Genie“ sein. Auch eine Auffassung! Aber wir wollen mit der Intelligenz, die der Kreis Neustadt verwaltet, nicht weiter rechten. Der Mann hatte seine vorgeschriebene Marschroute, er sollte die Regierung vor einer parlamentarischen Niederlage, wie es die Annahme der Anträge gewesen wäre, bewahren. Und wenn er diese Aufgabe auch ungeschickt löste — seine unmotivierten Angriffe auf die Linke, die Urheberin der Anträge, zeigte es —, so hatte er doch seine Schuldigkeit der Fraktion gegenüber getan. Nett ist übrigens, daß er das Organ als eine Waschküche der öffentlichen Meinung charakterisierte, zu dessen Hauptmitarbeitern der Führer seiner Partei, Herr v. Zedlitz-Neukirch, gehört. Der machte denn auch ein kuriöses Gesicht zu dieser Feststellung des Fraktionsgenossen.

Kaum minder geschickt machte Herr Faßbender, den das Centrum herausgestellt hatte, seine Sache. Er erklärte, seine Partei lehne die Anträge ab, um sich nicht für alle Zukunft zu binden. Was er sonst noch an moralphilosophischen Exkursen zum besten gab, mußte er als seine höchsteigene Privatmeinung bezeichnen, für die die Partei keine Verantwortung übernehmen wolle. Er war, „kommt alles rund herum“, ein Freund des Systems. Daß man ihn herausschickte, zeigte, daß das Centrum nicht als Partei dem Minister beispringen, sondern daß es lediglich der Regierung eine Hilfe bringen wolle, für die es keine parteioffizielle Verantwortung zu tragen braucht. Offiziell können wir Dir nicht helfen, Hammerstein, aber was wir hinten herum offiziell tun können, wollen wir tun, indem wir einen Freund des Systems unter der Centrumsfahne seine Privatansicht äußern lassen und die Gegner des Systems in unseren Reihen zum Schweigen anhalten. Das war das, was das Centrum mit Faßbenders Herausstellung dem Minister kundgab.

Herr Winckler von den Konservativen nahm alsdann das Wort. Die Hochkonservativen sind dem Minister nicht sonderlich gewogen, und nicht die Liebe für ihn, sondern die Abneigung gegen die Linke, der man den mit der Annahme ihrer Anträge verbundenen Triumph über die Regierung nicht gönnte, führte sie an die Seite des Ministers. Das ging aus Wincklers Rede klar hervor. Er bekannte sich namens seiner Fraktion als Gegner des Systems. Nur weil der Minister erklärt habe, das Scherlsche System sei tot, hielten die Konservativen einen Beschluß gemäß den Anträgen, denen sie sonst zugestimmt hätten, für überflüssig. Wincklers Darlegungen bedeuteten eine entschiedene Verurteilung des Scherlschen Systems wie der Verquickung von Spielen und Sparen überhaupt. Daß er in der Erklärung des Ministers den Totenschein für das Scherl-System erblicken wollte, war selbstverständlich eine gewaltsame Auslegung der Rede des Herrn v. Hammerstein, die ja gerade von einem dauernden Fallenlassen des Systems nichts wissen will.

Herr Blell und Herr Brömel sprachen noch gegen das System; Herr Arendt dachte die ungeschickte Taktik seines Fraktionsgenossen Woyna wieder gut zu machen. Herr v. Woyna hatte es auch gar zu deutlich hervortreten lassen, daß lediglich die Abneigung gegen die Linke die Freikonservativen den Wünschen des Ministers gefügig gemacht hatte, und so bemühte sich Herr Arendt, darzutun, daß das Sparlottosystem viele Vorzüge besitze, die seine für alle Zeiten geltende Ablehnung nicht rechtfertigten.

Damit war den Anträgen das Urteil gesprochen, und Herr Fischbeck wie Herr Fritsch zogen, um durch die voraussichtliche Ablehnung ihrer Anträge nicht den Eindruck zu erwecken, als sei das Haus mit dem Scherl-System einverstanden, diese Anträge zurück. Beide betonten, die Zurückziehung erfolge, weil die Debatte gezeigt habe, daß die große Mehrheit des Hauses nicht für das Scherl-Lotto in seiner gegenwärtigen Gestalt zu haben sei, und weil der Minister erklärt hatte, es komme vorderhand nicht mehr in Frage.

Wie die Sache lag, war das schließlich das Richtigste, was die Antragsteller tun konnten, denn eine Ablehnung der Anträge, die nach der Haltung der Rechten und des Centrums sicher war, hätte in der Tat den Eindruck erweckt, als sehe das Haus in dem Sparlotto keine sonderliche Gefahr. Bedauerlich bleibt der jetzige, aus lediglich parteitaktischen Gründen resultierende Ausgang der Debatte immerhin. Indessen hat die Debatte wenigstens den Erfolg gehabt, daß die gegenwärtige Regierung das System in ihren Aktenschränken einsargen wird. Allerdings wird niemand darüber im Zweifel sein, daß damit das Sparlottosystem nicht wirklich tot ist. Es ist lediglich scheintot, und wenn uns nach dieser Regierung eine ähnlich begabte beschieden sein sollte, so wird sie zweifelsohne sich bewegen lassen, dieses System wieder auszugraben. Man wird also die Augen offen zu halten haben. Indes das sind ja curae posteriores. Soviel hat die heutige Erörterung trotz ihres formal negativen Ergebnisses zu Wege gebracht, daß die gegenwärtige Regierung sich nicht mehr an die Verwirklichung des Systems wagen wird. Gebrannt' Kind scheut das Feuer. Und mit einer künftigen Regierung, die das scheintote System wieder zum Leben zu erwecken versuchen sollte, wird man ja zu gegebener Zeit deutsch reden können. Dann wird vielleicht auch keine Parteitaktik die Sachlichkeit in der Behandlung der Frage durchkreuzen.

* * *

Vor der Sparlottodebatte hatte das Haus in endgültiger dritter Lesung das Gesetz betreffend die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger elektrischer Anlagen verabschiedet. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über eine Anzahl Petitionen verhandelt. Unter anderem wurde eine Petition des Centralverbandes der Gemeindebeamten Preußens um Verbesserung ihrer Einkommens-, Pensions- und Hinterbliebenenverhältnisse der Regierung als Material überwiesen. Heute findet die zweite und dritte Lesung des Antrages Zdorchoff betreffend Abänderung des hannoverschen Volksschulgesetzes und Abänderung des Vertrages mit Bremen wegen Abänderung der Landesgrenze statt.

---

* Gegen das vom Centrum geforderte und von den Agrariern sympathisch begrüßte **Schleppmonopol** auf den projektierten Kanälen hat sich gestern in Essen der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund mit aller Schärfe ausgesprochen. Der Verein erblickt in dem Schleppmonopol angesichts der bereits von der Staatsregierung erhobenen Einwände und angesichts der Forderung einer zum Teil prohibitiven Festsetzung der Schlepptarife die größte Gefahr für das Zustandekommen der Kanalvorlage; abgesehen von dem Bedenken der Ausdehnung des Staatsbetriebes muß befürchtet werden, daß nunmehr die Provinzen nicht mehr in der Lage sein werden, die in der Kanalvorlage vorgesehenen Garantien zu leisten, indem durch das Schleppmonopol die gegenwärtig bestehende Starrheit der Eisenbahntarife auch auf die Wasserstraßen übertragen und damit das Interesse für die Kanäle in weiten Kreisen unserer Volkswirtschaft hinfällig wird. Diese Haltung des Vereins entspricht durchaus der an dieser Stelle bereits geübten Kritik des Schleppmonopols.

---

* Ueber **Politik und Mission** in den Kolonien sprach am Mittwoch Dr. Christlieb-Freistatt auf der Jahresversammlung des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins in Mannheim. Der Vortragende führte aus, daß Politik und Mission zwar in naher Verwandtschaft stehen, aber auch starke Gegensätze aufweisen. Er sagte darüber weiter:

„Schon die Politik beruht auf der Anwendung vom Recht, die Kolonialpolitik aber, die selbstverständlich von dem berechtigten nationalen Egoismus ausgeht, setzt noch dazu die Ungleichheit der Menschenmassen und die Berechtigung der weißen Rasse zur Beherrschung der farbigen. Die Mission dagegen arbeitet, wo sie richtig getrieben wird, nur mit den Mitteln des Wortes und der Ueberredung und geht aus von der christlichen Voraussetzung, daß alle Menschen gleich sind. Beide können in Berührung kommen, einander in unberechtigter Weise zu benutzen. Die Mission könnte, wie dies die katholische öfter und gern getan hat, die Macht der Politik für die Ausbreitung des Christentums benutzen wollen, die Politik aber könnte die Tätigkeit der Mission so verwerten, daß sie das von ihnen bearbeitete Gebiet leichter besetzen oder die von ihr erzogenen Eingeborenen leichter regieren und im Zaume halten kann. Beides ist verwerflich. Es gibt aber auch eine berechtigte Benutzung beider durcheinander. Die Politik verbietet durch Gesetz die ärgsten heidnischen Gräuel, ein Massenopfer, Kindesmord und dergleichen und reinigt die Atmosphäre der Kolonie; die Mission trägt in ihrer Weise zur religiösen, sittlichen und kulturellen Hebung der Eingeborenen bei, was ja auch der Regierung zu gute kommt, die doch auch das zu ihren Aufgaben nehmen muß. Die Mission darf aber nicht ihre eigenen Zwecke einschränken, um etwa bloß oder vorwiegend Kultur oder Civilisation zu verbreiten.“

Weiter kam Dr. Christlieb auf den Aufstand der Hereros zu sprechen. Wir müssen nach seiner Meinung den Hereros gegenüber ein Doppeltes festhalten:

„Sie müssen auf alle Fälle sehr streng bestraft werden. Müde werden sie uns als Schwäche auslegen. Aber es ist unmöglich, wie schon verlangt ist, sie einzeln oder familienweise den Ansiedlern zur Zwangsarbeit zuzuweisen. Das wäre nichts als Sklaverei, und Sklaven taugen ebensowenig wie Sklavenhalter. Wohl aber ließe sich denken, daß die jungen Männer der Eingeborenen ganz wie bei uns einige Jahre dienen müssen. Selbstverständlich nur dem Staat und nicht mit der Waffe, sondern als eine Art Arbeitssoldaten oder Kulturarbeiter; der Ertrag ihrer Arbeit kommt der ganzen Kolonie zu gute. Freilich muß auch unter den Weißen vieles in Punkte der Sittlichkeit besser werden. Man sollte möglichst viele Mädchen hinausschicken, die dann erfahrungsgemäß sofort geheiratet werden. Bei der Anstellung der amten sollten Verheiratete bevorzugt, jedenfalls aber Unsittlichkeiten der Beamten, die doch eine Art von Vorgesetztenstellung gegenüber den Eingeborenen haben, durch sofortige Dienstentlassung gestraft und so möglichst verhütet werden. Die Missionäre nehmen nicht bloß auf diesem Gebiete, sondern überhaupt und grundsätzlich eine besondere Mittelstellung zwischen Europäern und Eingeborenen ein, das haben sowohl die Hereros wie die deutschen Beamten in Deutsch-Südwestafrika ausdrücklich erklärt. Sie sind nicht bloß die genauesten Kenner der Eingeborenen, ihrer Sprache und Sitte, sondern auch ihre geborenen Anwälte und Verteidiger gegen rohe oder unverständige Behandlung. Das Verhältnis ist nicht einfach, aber es kann durch eine Zusammenarbeit der Politiker und Missionäre möglich werden und ist das Segensreichste für die Entwickelung der Kolonie.“

Auch wir wünschen ein Zusammenarbeiten der Politiker und Missionäre in unseren Kolonien, können uns aber nicht verhehlen, daß gerade in Südwestafrika die Missionäre durch ihr Verhalten diese gemeinsame Arbeit aufs äußerste erschwert haben.

---

* Mit der im preußischen Kultusministerium bestehenden **Allgemeinen Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen** ist letzthin eine neue Altersversorgung der Lehrerinnen nach den Grundsätzen einer Sparversicherung vereinbart worden. Die Natl. Korr. teilt darüber mit:

Die Vorsteherinnen von Privatschulen und anderen Unterrichts- und Erziehungsanstalten haben danach das Recht, sich selbst zu versichern. Die Schulen sind verpflichtet, mit einer Rente von mindestens 400 Mark, die mit dem 55. Lebensjahre beginnt, alle vollbeschäftigten Lehrerinnen ihrer Schule zu versichern, die nicht über 22 Jahre alt sind. Die Schulen versichern, und zwar mit einer Rente von 400 Mark, die aber mit dem 60. Jahre beginnt, möglich ist alle ihre vollbeschäftigten Lehrerinnen, die über 22, aber nicht älter als 35 Jahre sind. Die Schulleitungen erkennen es als zu erstrebendes Ziel an, auch für diejenigen ihrer Lehrerinnen, die über 35 Jahre alt sind, und für die sie bis dahin noch nicht gesorgt haben, eine Rente zu erwerben, wenn auch von geringerem Betrage, aber gleichfalls mit dem 60. Jahre beginnend. Schulen und Lehrerinnen tragen zu gleichen Teilen die sich aus solcher Versicherung ergebenden Lasten. Sobald die Versicherte 60 (55) Jahre alt ist, wird wird durch das für sie bei der Pensionsanstalt angesammelte Kapital bei der Pensionsanstalt eine Rente erworben, und sie wird dadurch Mitglied der Pensionsanstalt. Vor dem Beginn des Rentenbezuges findet eine Rückzahlung des angesammelten Kapitals (95 Prozent der Einlagen mit Zins und Zinseszins) stets statt im Falle des Todes der Versicherten. Die Zahlungen der Schule gehen dann an diese zurück, die Einzahlungen der Lehrerin an die sich durch Erbschein ausweisenden Erben. Außerdem erfolgt die Rückzahlung auf Antrag, wenn die Versicherte in eine pensionsberechtigte Stellung eingetreten ist, oder wenn sie sich verheiratet hat. Wird eine Lehrerin vor dem 60. (55.) Lebensjahre invalide, so hat sie das Recht, auf Grund des angesammelten Kapitals eine vorzeitige Rente zu beanspruchen, deren Höhe die Pensionsanstalt bestimmt.

Die Einrichtung ist zweifelsohne zweckmäßig. Als ein Mangel kann es allerdings bezeichnet werden, daß den Lehrerinnen, die sich einem anderen Beruf zuwenden, ohne zu heiraten, das eingezahlte Kapital nicht herausgegeben wird. In solchem Falle, der ja öfter vorkommt, sollte man den Versicherten entweder weitere Selbstversicherung bei der Kasse einräumen, oder ihnen die Beiträge herausgeben.